



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Zeile 75 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. —ämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 7.—13. April ist die Beitragsmarke in das mit 15 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Verbandsvorstand hat in seiner Sitzung vom 25. März 1918 beschlossen, auf Grund des § 18 des Statuts den

### 2. außerordentl. Verbandstag

zum 16. Juni und folgende Tage nach

**Berlin!**

### Alexandrienerkrise 44. bei Penning, einzuberufen.

Wenn wir uns trotz des immer noch wütenden Krieges entschlossen haben, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, so ist hierzu die Hauptursache unsere unhaltbar gewordene Tarisposition.

In dieser äußerst wichtigen Frage Klarheit zu schaffen, ist unsere Pflicht. Zur Tarisfrage brauchen wir bei dieser Bekanntmachung keine weiteren Ausführungen zu machen, denn alle für unsere Mitglieder wichtigen Punkte sind durch die Artikelserie in Nr. 46—51 der „Soll“ 1917 und Nr. 1, 3 und 5 von 1918 eingehend behandelt worden.

Bei dieser Gelegenheit soll ebenfalls eine Reform unserer Beitragsschließung vorgenommen werden, damit wir in der Lage sind, die Kriegsbeträge aufzuheben, und damit den besser bezahlten Kollegen die Möglichkeit gegeben werden kann, ihrem jetzigen Verdienst entsprechend, in eine höhere Beitragsklasse hinaufzurücken. Die Kolleginnen sind schon seit längerer Zeit in höhere Beitragsklassen eingetreten und zahlen trotz geringeren Verdienstes vielfach dieselben Beiträge als die Kollegen. Hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen, wird ebenfalls Aufgabe dieser Tagung sein.

Die Tagesordnung und die Zusammenstellung zur Wahl der Delegierten wird in kürzester Frist bekanntgegeben.

Wir bitten unsere Ortsverbände, die Anträge zu den beiden vorgenannten Punkten schon jetzt vorzubereiten.

Der Verbandsvorstand.  
F. A.: Paula Thiede.

### Was wird dann?

Wieder hob sich zu einem neuen Akt des Weltendramas der Vorhang und im schaurigen Empfinden verfolgen die nicht direkt Beteiligten die Vorgänge, die sich nun im Westen des Kriegsschauplatzes abspielen. Riesengroß ist die Bühne auf dem sich dieses wechselvolle Drama vollzieht und alle Personen, ob Mitwirkende oder nicht, zieht es in seinen fürchterlichen Bannkreis. Auch die Nerven aus Stahl verlagern schließlich bei einer Anspannung von fast vier Jahren und es kann nicht Faunagerei genannt werden, wenn sich aus der gewählten Menschenbrust der Seufzer ringt: Wann

kommt nun endlich der Schlußakt dieses grausamen Spiels? Werden die feindlichen Mächte, die assoziierten Regierungen der Entente, einsehen, daß nun bald genug der Opfer in diesem Völkerverwahnsinn gefordert wurden? Daß es nun bald höchste Zeit ist, dem wirtschaftlichen Ruin des gesamten Europas durch einen Verständigungsfrieden zu steuern? Wer wollte diese Frage beantworten, noch ist das grausame Spiel ja im vollen Gange. Der Durchbruch an der englischen Front ist erfolgt, Sieg auf Sieg heftet sich nun auch auf der Westfront an die deutschen Fahnen. Volk Begeisterung werden von der Bevölkerung die Kriegsberichte aufgenommen und Hunger und Elend bei der großen Nation für eine zeitlang vergessen. Alles hofft, daß nun auch der Friede in greifbare Nähe rückt und das Kriegselend bald rosigeren Zeiten weichen muß. Derjenige aber, der seinen ungetrübten Blick auch in all dem Siegesjubel bewahrt, wird sich freihalten von über großem Optimismus, denn er weiß, wird den Völkern erst die Rechnung dieses Blutausmaßes präsentiert, dann ist ein fürchterlicher Regenjammer die unausbleibliche Folge. Es mag sonderbar klingen, wenn ich sage, mir graut auch vor dem Frieden, der nach diesem Völkerringen kommen wird.

Der Mitarbeit des gesamten werttätigen Volkes wird es bedürfen, um aus diesem Dilemma einigermaßen glimpflich herauszukommen, wobei die Arbeiterchaft nicht vergessen darf, daß sie noch schwere Kämpfe um ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte auszufechten hat. Dieser Kampf aber kann nur mit Erfolg geführt werden, wenn die politischen und gewerkschaftlichen Grundlagen hierfür vorhanden sind. Nur starke Organisationen können dem Streben der Arbeiter Ziel und Klarheit geben. Leider hat auch die Länge des Krieges es nicht vermocht, trotz der gewaltigen Vermehrung der erwerbstätigen Bevölkerung, die Organisationen so zu stärken wie es im Interesse der Arbeiter unbedingt notwendig wäre. Gewiss haben verschiedene Arbeiterorganisationen beachtenswerte und schöne Agitationserfolge zu verzeichnen, aber andererseits sind es leider auch nur zu viele, die den Organisationen den Rücken lehrten und behauerlicherweise viele der in der Kriegsindustrie Beschäftigten, die da glauben, daß nun infolge ihres höheren Verdienstes, für sie die soziale Frage gelöst sei. Sie leben in den Tag und kümmern sich nicht um das Morgen. Sie, wie alle Indifferenten, sie fragen nicht: Was dann, wenn diese Menschheitskrise, an die sie sich nur zu sehr gewöhnt haben, ihre Ende gefunden hat, werden wird. Sie begreifen in ihrer sträflichen Gleichgültigkeit nicht, daß nach diesem Kriege ungeheuerliche Probleme und gewaltige Aufgaben gelöst werden müssen, an denen die Arbeiter mit ihren Familien aufs lebhafteste interessiert sind. Sie rechnen die früheren Zeiten, oder noch bessere, werden wieder kommen. Trügerische Hoffnungen! Von einer nennenswerten Verbilligung der Lebenshaltung kann bei den riesigen finanziellen Anforderungen, die nach dem Kriege an das Reich und die Einzelstaaten gestellt werden, nicht die

Rede sein. Gelingt es auch — was bei der Steuerscheu der bestehenden Klassen höchst unwahrscheinlich scheint — die Kriegsgewinne, die Vermögen und die Erbschaften ziemlich kräftig zur Deckung der Kriegsschulden heranzuziehen und wird auch noch dieses oder jenes monopolisiert, so wird infolge der heute noch gar nicht zu übersehenden gewaltigen Ausgaben des Reiches, der Staaten und nicht zuletzt der Kommunen, immer noch ein derartiges Mantel verbleiben, das neben der fast selbstverständlichen gewaltigen direkten Besteuerung der Einkommen, zur indirekten Besteuerung der Massenkonsumentartikel gegriffen werden wird. Zu erwarten aber dann, daß die Lebensmittelpreise in den kommenden Jahren unter die jetzt zum Teil festgesetzten Höchstpreise herunter gehen werden, wäre mehr als eine trügerische Illusion. Kleider, Wäsche, Schuhe werden nie mehr auf die Preise vor dem Kriege sinken und die Wohnungen im Preise steigen. Das sind die Aussichten, die sich der Arbeiterchaft im kommenden Frieden eröffnen.

Ich bin trotz verschiedener gegenteiliger Behauptung, noch nicht überzeugt, daß der Uebergang der Kriegs- zur Friedenswirtschaft eine allzu lange Arbeitslosigkeit mit sich bringen wird, denn dafür sprechen schon die Zustände im Lande, wo alles in den letzten Jahren liegen bleiben mußte. Aber ohne alle Zweifel, bringt die Zeit, bis die von der Militärverwaltung beschlagnahmten Rohprodukte freigegeben sind und die Zufuhr derselben vom Auslande oder deren Produktion im Lande sich vollzogen hat, eine vorübergehende wirtschaftliche Stocung, die auch bei der größten Vorsicht bei der Demobilisation, im deutschen Wirtschaftsleben nicht vermieden werden kann. Diese Zeit aber werden sich die Arbeitgeber sicher zu Ruhe machen, um die Kriegslöhne zu brücken und die in der Not der Zeit gewährten Kriegsteuerungszulagen wieder zu befristigen. Auch in unserem Bereiche wird dieses Bestreben nicht ausbleiben. Diesem aber mit aller Kraft und Entschiedenheit entgegenzutreten wird und muß die erste Aufgabe unseres Verbandes nach Friedensschluß sein. Denn trotz Lohnverbesserungen und Teuerungszulagen ist noch lange gegenüber, der immer unerschämter zu Tage tretenden Teuerung aller Bedarfsartikel, sein Ausgleich geschaffen. Der Geldwert ist berart gesunken, daß trotz der im Dezember vorigen Jahres gewährten neuen Teuerungszulagen die Not unter unserer Kollegenchaft weiter gestiegen ist. Bitter klagen die Kollegen und Kolleginnen in den Großstädten, und es seufzen unter Not und Elend unsere Arbeitsbrüder und Schwestern in den kleinen Orten, wo die Unternehmer die Gleichgültigkeit der Arbeiter ausnützen, um sie mit elenden Löhnen und noch elenderen Teuerungszulagen abzuspeisen. Wie oft ist schon an dieser Stelle gesagt worden, wie gerade diese indifferente Arbeiterchaft, auf die sich die Arbeitgeber doch immer und immer wieder berufen, sich selbst und ihre organisierten Kollegen und Kolleginnen schädigen. Viel Zeit und Mühe ist auch schon von uns verwendet worden, um in diesen indifferenten Kreisen

aufflarend zu wirken. Der Erfolg war bisher allerdings alles andere wie ein zufriedenstellender. Es liegt dieses ja auch, wie überhaupt unsere große Zahl von Ein- und Austritten, in der Fluktuation in unserem Berufe, die sich dort am meisten zeigt, wo die schlechtesten Lohnverhältnisse vorhanden sind. Dieser Umstand ist es auch, der unsere Agitation gegenüber der gelehrten Arbeiter, zu einer weit mehr ruheloser gestaltet. Und doch dürfen wir nicht erlahmen und müssen immer und immer wieder heran, den so überaus steinigen Boden zu beackern. Wir brauchen nun einmal auch die uns heute noch Fernstehenden, so notwendig wie eine gut gefüllte Kasse, deren Wert von mir niemals verkannt wurde, die allein uns aber in dem schweren Kampfe nichts nützt, wenn uns dazu die notwendigen Truppen fehlen. Und wenn der letzte Schuß in diesem Kriege gefallen, dann wird unserer wieder eine große Agitationsarbeit harren, deren wir gerecht zu werden versuchen müssen. Diese Arbeit aber nicht zu erschweren, soll von jedem erwogen werden, der heute so Feuer und Flamme ist für eine unbeschränkte Beitragserhöhung, und in einem unwillkürlich den Gedanken wachruft, daß nur deshalb so wenig Mitglieder in den für Beitragserhöhung schwärmenden Gauen vorhanden sind, weil wir zu niedrige Beiträge haben. Ach brächten uns doch diese Kollegen nur einmal den Beweis, daß es ihnen mit den jetzigen Beiträgen möglich ist, die Indifferenten an uns zu fesseln oder lieferten uns den Beweis, daß bei höheren Beiträgen der Zustrom der uns heute noch Fernstehenden ein größerer sei, wie gerne wären dann auch wir bereit, in ihre Sieges hymnen einzustimmen. Aber durchblättert man unsere Redenschaftsberichte, dann ergreift einen wirklich nicht die Begeisterung, weitere bedeutende Erschwernisse für die Heranziehung der Indifferenten zu schaffen, die wir nun einmal, ob wir wollen oder nicht, bei unseren Erfolgen oder Nichterfolgen auf dem Lohn- und tariflichen Gebiete mit in Rechnung stellen müssen. So schön die eine Seite der Medaille ist, die Mehrheit muß mit ihr im Einklang stehen, sonst erfährt das Ganze eine trübe Wirkung. Wir hoffen, daß alle, die auf dem kommenden Verbandstag entsandt werden, sich klar darüber sind, welche Aufgaben außer in materieller Beziehung, uns auch sonst noch nach dem Kriege erwarten und dann wird auch ein Weg gefunden werden, der zu Beschlüssen führt, die die Interessen der von uns vertretenen Mitglieder nach jeder Richtung hin wahreren. A. Sch. - München.

## Der schwarze Rand.

Von Pann.

(Nachdruck verboten.)

Bald nach dem Abendessen klingelte es. „Die Zeitung . . . . Agnes“, sagte Vater Swietusch mit einem Blick auf die Tochter. Sie legte ihre Handarbeit beiseite und ging hinaus. Die Mutter, welche in der Sofaede saß, ließ die Stricknadeln einen Augenblick ruhen und schraubte die Lampe höher. „Ach Gott“, sagte sie leise und mehr wie zu sich selbst, „wer wird es heute wieder sein?“ Vater Swietusch zuckte halb unwillig die Achseln und sah streng vor sich hin: „Die Hauptsache ist, daß wir vorwärts kommen, Dittke.“ „Ach Gott ja . . .“ Agnes entfaltete im Hereinkommen das Blatt: „Die vielen schwarzen Ränder . . .“ „Gib schon her.“ Der Vater griff mit nervöser Hand nach der Zeitung, klopfte die Falten heraus und brummte: „Euer ewiges Geseufzel Krieg ist Krieg! Wenn's nach Euch ginge, müßten sie mit Pralines schießen . . . Laß sehen . . .“ Er begann, laut vorzulesen. Die fettgedruckten Telegramme zunächst, die auf der ersten Seite standen. Frau Swietusch hielt den Blick auf die leise klappernden Stricknadeln gebannt und hörte aufmerksam zu. Agnes führte den Häkelhaken und war nur mit halbem Ohr bei den Kriegsnachrichten. Ihr Auge wurde immer wieder angezogen von den schwarzen Rändern; denn der Vater sah ihr ge-

## Arbeit und Entlohnung.

(Ein Beitrag zur Bevölkerungs politik.)

Der Krieg ist nach dem bekannten alten Worte der Vater aller Dinge, vieler wenigstens, wollen wir hinzufügen. Die Folgen, die dieser gewaltigste aller Kriege haben wird, dürften daher jetzt noch unübersehbar sein. Soviel aber ist wohl allen klar, daß uns dieser Kampf auch auf andere Bahnen unserer Bevölkerungspolitik drängen dürfte. Ueber sie ist in unseren Tagen viel geschrieben und geredet worden. Einstimmigkeit herrscht unter den Volksfreunden darüber, daß etwas großes „Durchgreifendes“ geschehen muß, um unsere Bevölkerungsziffer in die Höhe zu bringen. An allerlei Vorschlägen zu diesem Ziel hats auch nicht gefehlt. Man hat bessere Wohnungsverhältnisse gefordert, die Heimsättenbewegung betont, Steuerermäßigungen für jedes Kind vorgeschlagen, gefordert, auf die Sittlichkeit einzuwirken, um den Willen zum Kinde zu stärken. Das sind in der Tat auch alles Anregungen, die nicht zu übersehen sind, aber darüber dürfen wir uns doch keiner Täuschung hingeben, daß in ihnen nicht das Mittel schlechthin liegt, das die durchschlagende Wirkung hervorbringen wird. Dieses dürfte vielmehr nur in der wirtschaftlichen Versorgung der Familie liegen. Warum haben wir heute fast nur Familien mit wenigen Kindern? In der Hauptsache doch, weil es, besonders in der Stadt, ungemein schwer ist, Kinder aufzuziehen und so hinzustellen, daß sie, was doch wohl verständlich ist, später einmal wenigstens auf derselben Höhe der Lebensführung stehen können, wie die Eltern. Es soll daneben ja durchaus zugegeben werden, daß die Kinderseuche vielfach ihre Ursachen in der Bequemlichkeit, im Hang zum Wohlleben der Eltern hat, aber den tiefsten Grund müssen wir in unzureichenden wirtschaftlichen Verhältnissen suchen.

Hier muß daher auch zu allererst und am kraftvollsten der Hebel angefaßt werden. Auch in dieser Beziehung fehlt es nicht an Vorschlägen wie an beachtungswerten Ansätzen. Bei den Beamten ist das System der Alterszulagen eingeführt worden, das dem älteren Manne eine höhere Einnahme gewährleistet als dem jungen Anfänger. Jetzt im Kriege hat man vernünftiger Weise die Feuerungszulagen nach der Zahl der Kinder aufgebaut. Sehr mit Recht. Damit ist nun endlich der Weg beschriftet worden, den man schon längst hätte gehen müssen und der auch für die Zukunft der einzig gerechte ist. Zunächst muß ein gewisser

genüber und lehrte ihr die letzte Seite der Zeitung zu.

Da war ein dicker schwarzer Rand in der Mitte. Er wirkte wie ein Magnet auf ihren Blick. Sie bemühte sich, das Vorgelesene in sich aufzunehmen und war gleichzeitig unwillkürlich befreit, den Namen zu entziffern, der von dem breiten Rande umschlossen wurde.

Es gelang ihr nicht. Aber während der Vater das Blatt umwendete, glaubte sie den Vornamen erkannt zu haben, und ein heftiger Schreck durchfuhr sie. Der Oberkörper bog sich vor, die Augen weiteten sich, und ihr Blick versuchte, den Namen ganz zu erfassen.

Der Vater hatte die Zeitung bereits umgeschlagen, zurechtgeschloß und las nun mit spöttischer Stimme die Berichte Cadornas vor.

Agnes hörte es wie ein undeutliches Geräusch aus weiter, weiter Ferne. Ihr Fühlen und Denken drängte auf einen Punkt, spitzte sich zu in gesammelter Kraft, ängstete aus ihren Augen und wollte das Papier durchdringen.

„Agnes“, flüsterte die Mutter, fragend, ängstlich und vorwurfsvoll zugleich. Ein fremder Blick traf sie.

Dann ein erpachendes, verzerrtes Lächeln, und gleich darauf hatte Agnes ihre gewohnte Maske wiedergewonnen.

Sie häfelte weiter.

Nur die Fingerspitzen bebten. Und der Atem ging ein wenig schneller als sonst . . .

Der Vater war bei den Lokalnachrichten angelangt. Die Mutter hörte wieder aufmerksam zu und achtete nicht mehr auf die Tochter.

Grundlohn festgesetzt werden, der für Unversehrte und auch für Kinderlose in gleicher Weise gilt; darauf bauen sich stufenweise die Kinderzulagen auf, wobei natürlich darauf Rücksicht zu nehmen wäre, daß die Zulagen auch ihren höchsten Stand erreichen, wenn die Kinder wirklich am meisten kosten. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann es später nicht weiter gehen. Denn dem Beamten muß eben die Möglichkeit gegeben werden, eher als bisher eine Familie gründen zu können und die Gelder für die Erziehung zu erhalten, wenn er sie tatsächlich braucht.

Bei den Staatsbeamten wird es verhältnismäßig leicht sein, eine Besoldungsordnung durchzuführen, wie sie für den einzelnen nicht ungerecht, für die Familie und den Staat aber in gleichem Maße förderlich ist. Wenn aber dieser erste Schritt getan ist, können und sollen auch andre folgen. Zwar die freien Berufe scheiden aus, sie können nicht erfaßt werden; wohl aber könnte man ganz gut noch viele Gruppen der Festbesoldeten, also vor allem viele Privatbeamte einbeziehen. Daß die Durchführung Schwierigkeiten bereiten wird, ist wohl anzunehmen, aber wo ein Wille ist, da ist ja in der Regel auch ein Weg. Vielleicht wäre für sie auch der Weg gangbar, der im folgenden für die Arbeiter empfohlen werden soll.

Denn für die große Masse der Arbeiter müßten besondere Maßnahmen ergriffen werden. Der einzig richtige Weg wäre hier wohl der, daß zunächst auch jedem Arbeiter ein bestimmter Grundlohn gewährt würde. Ueber diesen hinaus zahlt der Arbeitgeber einen bestimmten Satz in eine staatliche Kasse, und aus dieser Kasse werden dann den Familienvätern bestimmte Sätze als Erziehungsbeihilfen gewährt. Für diesen Zweck wären bestimmte Beamten — wie Arbeiterkammern einzurichten. Die Arbeiter wären natürlich je nach ihrem Verdienst in bestimmte Gruppen einzuteilen, wonach sich dann auch die Höhe der Zulagen zu richten hätte. Bezüge ein Arbeiter, er wird ja auch in der Regel wieder in einen Ort gleicher Tätigkeit ziehen, der Industriearbeiter nach einem Fabrikort, der Landarbeiter nach ländlichen Gegenden, so müßte natürlich ein Ausgleich bei den Zuschüssen geschaffen werden. So einfach wie bisher wäre die Entlohnungsweise dann nicht, aber sie ginge doch durchzuführen. Unser wirtschaftliches Leben und vor allem unsere soziale Gesetzgebung hat in ähnlichen Fällen, man denke nur an die Versicherungsgeetze, so große Hindernisse überwunden, daß in den Schwierigkeiten der prakti-

Agnes dachte: vielleicht war's nur eine Einbildung, eine Art Vision. Es gibt so viele Männer, die Konrad heißen.

Warum sollte gerade er es sein? Er, den sie andauernd vor sich sah, weil er ihr Herz erfüllte?

Die Eltern wußten es nicht, sollten es noch nicht wissen. Denn ihre Liebe war noch jung und keu, als der Krieg sie auseinanderriß. Und es ist nimmer gut, wenn andere mit ihrer kalten Vernunft und Berechnung daran herumtasteten und herummaßten, weil ihr Herz alt und frei von heiligen Schwärmern ist.

Vater Swietusch war ein gar so selbstsicherer Mann, von schnellem Urteil, spöttischer Ueberlegenheit und hartem Entschluß.

Er las nun die Marktpreise vor und erörterte sie mit seiner Frau.

Agnes wachte: nach den Marktpreisen kamen die Verkaufs- und anderen Anzeigen. Und zu allererst die Familiennachrichten. Sie konnte ihn bitten, diese zuerst vorzulesen. Aber er würde es nicht tun, sich nur verwundern und nach dem Warum fragen. Würde sagen: „Es ist neugieriger Weiber Art, Bücher und Zeitungen von hinten anzufangen.“

Nein, sie mußte warten: Mühte ihre Empfindungen, die immer wieder stürmisch aufstoben wollten, bezwingen; mußte sich über, ruhig zu scheinen und die Maske zu wahren für den Fall, daß ihre Befürchtung sich bestätigen sollte.

Denn nun sah sie, tief auf ihre Arbeit gebogen, den schwarzen Rand wieder deutlich vor sich. Und in seiner Mitte den Namen: Konrad Wolkenperger.

schon Durchführung kein Hinderungsgrund für die gemachten Vorschläge liegt. Aber anderen Einwänden wäre wohl noch zu begegnen.

Man hat bis heute dem Satze besonders gehuldigt: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn! und man meint, er müsse für die Zukunft als der einzig gerechte Geltung erhalten. Gewiß hört sich dieser Grundsatz bei oberflächlicher Betrachtung sehr schön an, aber bei genauem Hinschauen merkt man doch bald, daß er nicht stichhaltig ist. Zunächst: wo wird überhaupt gleiche Arbeit geleistet? Man denke selbst an zwei Beamte, die ungefähr dieselbe Arbeit zu leisten haben z. B. an zwei Lehrer. Wie Himmelweit verschieden sind da oft die Leistungen, trotzdem beide vor fast denselben Aufgaben stehen. Der eine lebt und webt in seinem Amte, er gibt aus seinem Innern heraus das Beste, was er hat, er weicht in ernster Pflichttreue und in idealem Schwung alle seine Kräfte seinem Amte und er vollbringt damit menschliche Höchstleistungen. Dagegen nun der andere; er kann zunächst nichts Großes leisten, weil ihm die Begabung für seinen Beruf mangelt, aber noch viel schlimmer, ihm fehlt auch das ernste Wollen, etwas Ordentliches zu leisten, er sitzt nur seine Stunden ab, weil ihn eben die Not dazu zwingt. Ist es nicht geradezu lächerlich, hier von gleicher Arbeit reden zu wollen? Und unser Beispiel war nur ganz beliebig gewählt. Wir dürfen ebenso an zwei Arbeiter unter gleichen Verhältnissen denken, es wird sich immer dasselbe Ergebnis zeigen; trotz des gleichen Lohnes, den sie wahrscheinlich erhalten, zeigt sich in ihren Arbeitsleistungen stets ein größerer oder geringerer Unterschied. Es ist auch gar nicht möglich, die Arbeitsleistung eines Menschen genau festzustellen und in tiefstem Grunde kann es auch gar nicht der Lohngebante sein, der das Verhältnis des Beamten zum Staate ebenso wie das des Arbeiters zu seinem Arbeitgeber bestimmt, dieses Verhältnis muß vielmehr tiefer wurzeln, nämlich in dem sittlichen Vertrauensempfinden, daß der eine seine Arbeitskraft gibt, so gut, wie es ihm nur möglich ist und daß der Arbeitgeber dafür für eine angemessene Entlohnung aufkommt. Das allein ist ein Verhältnis, das der Würde von beiden Seiten entspricht und das auch gut durchführbar ist, wie schon bestehende gute Tarifverträge zeigen.

Daß für die Beamten eine neue Besoldungsordnung auf der angeedeuteten Grundlage in Zukunft wird folgen müssen, ist ziemlich sicher, aber

Ja, ganz deutlich . . . Jedenfalls war es ein langer Name gewesen, der dem „Konrad“ folgte. Warum zweifeln und sich selber täuschen?

Sie stöhnte laut auf.

So laut, daß der Vater mit dem Vorlesen innehielt und sie scharf ansah.

„Agnes!“ sagte die Mutter in besorgtem Tone.

Und der Vater: „Langweilen Dich die Marktpreise? Es schadet durchaus nicht, wenn Du Dich darum kümmerst. Sie gehören zum Leben. Und das Leben ist kein kurzweiliger Roman.“

Er las weiter.

Agnes bekam einen roten Kopf und häfelte eilig, mit zitternden Fingern.

Die Mutter sah noch immer herüber, forschend und verwundert.

Agnes dachte: Ich will nicht seufzen und nicht aufschreien; ich will nicht weinen und gar nichts. Ich will ganz ruhig sitzen bleiben und dann sagen, ich hätte Kopfschmerzen und möchte zu Bett gehen. Sonst fallen sie über mich her mit Fragen und Vorwürfen . . . Vielleicht ist es doch nicht wahr und Konrad lebt. Es kann auch ein anderer langer Name gewesen sein . . . Da ist der Kaufmann Neuenburger und der Bäcker Herfeld oder der Goldschmied Simmenhagen und der Drogist Blumenthal. Alle sind im Felde und einer von ihnen mag wohl Konrad heißen. . . Nein, es ist durchaus nicht gesagt, daß es gerade sein Name ist.

„Das Posamentiergeschäft von Hölzel kündigt einen Ausverkauf an,“ sagte der Vater. „Wegen Einberufung des Inhabers.“

auch für die Arbeiter kann der Grundsatz des gleichen Lohnes nicht eingeführt werden. Das kann eben der Staat nimmermehr zugeben. Er braucht auf jeden Fall Menschen, und um seine Zwecke zu erreichen, muß er unter Umständen auch zu Maßregeln seine Zuflucht nehmen, die manchen einzelnen gegenüber wohl hart und ungerecht erscheinen. So ist es auch in unserem Falle. Es ist eine Notwendigkeit, daß der kinderreiche Familienvater unterstützt wird. Das bedeutet für ihn noch kein Almosen; denn das Aufziehen von Kindern ist auch eine Arbeitsleistung dem Staate gegenüber und wahrlich keine geringe, bezahlt kann ihm die überhaupt nicht werden, ebenjowenig wie sonst seine beste Arbeit. Vor allerlei Mühen und Entbehrungen kann und soll er auch nicht bewahrt bleiben, sie gehören zu den selbstverständlichen Eltern- und Kinderdingen und haben ihren reichen Segen in sich; aber soweit muß jeder Familienvater unterstützt werden, daß ihm die Aufzucht der Kinder nicht unmöglich gemacht wird und er in den materiellen Sorgen nicht ertrinkt.

Aber auch die unverheirateten oder kinderlosen Arbeiter und Beamte haben keinen Anlaß, sich dem Familienvater gegenüber nun etwa benachteiligt zu fühlen, zu glauben, sie bräuchten ein Opfer, sie müßten für die Kinder des Anderen mitarbeiten. Durchaus nicht. Denn wir müssen doch im Auge behalten, daß der Einzelne mit der Erziehung von Kindern der Zukunft des Ganzen dient, daß von eigenem Wohl mit dem des Ganzen unlöslich verknüpft ist und daß das, was wir scheinbar dem Ganzen opfern, uns selbst wieder auf diesem oder jenem Wege zufließt.

Es wird eine natürliche Folge dieser Kriegserlebnisse, daß wir ein verfeinertes soziales Empfinden geschenkt: weiter Kreise fühlen, daß sie uns den Wert des starken deutschen Familienlebens schätzen gelehrt hat. Beides aber wird dazu beitragen, uns für die angeedeutete Bevölkerungspolitik empfänglich zu machen, die der Staat einmal notgedrungen in Kürze wird vornehmen müssen.

B. Hoche.

## § 153 der Gewerbeordnung.

Ueber das Koalitionsrecht bestimmt die Reichsgewerbeordnung in § 152: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter

Frau Swietusch merkte auf: „Vielleicht gibt es dort die Wolle etwas billiger? Du glaubst es nicht, was diese Strümpfe kosten!“ Ihr Gesicht nahm einen sorgenvollen Ausdruck an. „Ich werde morgen einmal mit herangehen. Oder Agnes könnte . . . ja, Agnes, wenn Du morgen zu Markt gehst, frage einmal bei Hölzel nach dem Preise der Wolle.“

Die Tochter sah verwirrt auf, strich sich die Stirn: „Ja, Mutter . . . Wie meinst Du?“

„Woran denkst Du eigentlich, Kind?“

„Ich habe wohl ein wenig Kopfschmerzen.“

„Dann solltest Du das Häkeln lassen.“

„Ach . . . so schlimm ist es nicht.“

„Wenn Ihr Euch lieber etwas erzählt, als zuzuhören,“ sagte Herr Swietusch, „dann kann ich mein Organ ja schonen.“

„Nein, bitte, lies nur, Philipp.“

Er brummte eine unbedeutliche Antwort und schlug heftig das Blatt um.

So. Nun war er auf der Seite mit den schwarzen Händern.

Agnes hielt den Atem an. Die Finger preßten sich um den Häfelhaken; ihr Blick war groß auf den Mund des Vaters gerichtet.

Er las: „Den Heldentod für das Vaterland. starb . . . Postbote Belchow . . . Lehrer Küfers . . .“

Swietusch blickte auf: „Küfers? War das einer Deiner Klassenlehrer, Agnes?“

„Ja.“ Sie nickte mechanisch.

„. . . Bäckermeister Herfeld . . . Auch der!“

„Konrad Herfeld?“ Agnes hob schnell den Kopf.

„Einen Konrad Herfeld kenne ich nicht. Dieser heißt Max.“

wegen Verabredungen und Bereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben. Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen oder Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.“ — Damit wäre die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesichert, wenn neben § 152 nicht § 153 bestände, der dieses Recht erheblich und einseitig zum Nachteil der Arbeiter einschränkt: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verräufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Aus dem allgemeinen Strafgesetze werden insbesondere die Vorschriften wegen Nötigung- und Erpressung häufig bei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern in Anwendung gebracht, die häufig weit über das Strafmaximum des § 153 der Gewerbeordnung hinausgehen. Ueber die Verurteilung wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung veröffentlicht das „Verl. Tagebl.“ folgende Zusammenstellung:

Nach Ausweis der im kaiserlichen Statistischen Amte bearbeiteten Kriminalstatistik für das Deutsche Reich ist, wegen Verletzung der Koalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiter in den zehn Jahren von 1903 bis 1912 (neuere Angaben liegen nicht vor) insgesamt gegen 10 536 Personen Anklage erhoben worden. Von diesen wurden 6373 verurteilt, 4163 Personen freigesprochen.

An Strafen wurden verhängt: Zuchthaus (Zwangsstrafe) gegen 1 Person, Gefängnis von 3 Monaten gegen 29 Personen gleich 0,46 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 1 bis unter 3 Monaten 372 Personen gleich 5,8 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 8 bis unter 30 Tagen 1397 Personen gleich 23,6 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 4 bis unter 8 Tagen 1962 Personen gleich 32,3 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von weniger als 4 Tagen 2339 Personen gleich 40 v. H. aller Verurteilten.

Mit Geldstrafen wurden bestraft 40, mit Haft 1 und mit Verweis 32 Personen.

Hatte sie sich auch im Vornamen getriert? Sie sann darüber nach. War das, was ihre Augen zu sehen glaubten, lediglich aus ihrer erregten Etnbildungskraft entsprungen?

Die Spannung in ihr begann nachzulassen; Hoffnung erwachte.

Der Vater las weiter: „Albert Schütze . . . Karl Hampel . . . Konrad Wollensperger . . .“

„Nein!“ Agnes schrie es heraus und fuhr hoch. Ihre entsetzten Augen starrten auf den Mund des Vaters.

„Aber Kind!“ Auch die Mutter erhob sich.

„Was soll das?“ Der Vater ließ die Zeitung sinken und blickte seine Tochter scharf an.

„Kennst Du etwa diesen Konrad Wollensperger?“

Agnes senkte den Kopf: „Ich glaube, ich bin krank,“ sagte sie leise. „Ich will mich zu Bett legen.“

Sie ging hinaus.

„Da ist doch etwas nicht richtig,“ sagte der Vater. „Weißt Du etwas, Ottilie?“

„Nein, Philipp.“ Frau Swietusch sah ihn ratlos an. „Ich bin genau so überrascht wie Du und denke, sie ist wirklich krank. Ich werde ihr einen Tee kochen.“

Herr Swietusch schüttelte unwillig und sehr erstaunt den Kopf.

Seine Frau wickelte das Strickzeug zusammen und entfernte sich auf eine leise und vorsichtige Art.

Und dann saß sie am Bett der Tochter, fragte nicht, sondern trocknete ihr nur immer wieder die Tränen, die in unaufhörlichem Strom aus den Augen stürzten.

Auf den Durchschnitt dieser zehn Jahre entfallen somit 637 verurteilte Personen, eine Zahl, die nur im Jahre 1906 mit 1096 und im Jahre 1912 mit 934 Verurteilten erheblich übertroffen wurde. Ihre richtige Bewertung finden diese Zahlen indes erst, wenn man sie in Beziehung setzt einmal zu den Zahlen der Personen überhaupt, die in diesen Jahren in den von Streiks betroffenen Betrieben beschäftigt waren, sodann zu den Zahlen der in diesen Betrieben ausständig gewesenen Personen.

Die Statistik der Streitfälle des kaiserlichen Statistischen Amtes verzeichnet für das Jahr 1906 686 539 in vom Streik betroffenen Betrieben beschäftigte Personen, von denen ausständig waren 272 218; für das Jahr 1912 887 041 Beschäftigte, von denen Streikenden 406 314. Es wurden mithin im Jahre 1906 von 1000 in Streikbetrieben Beschäftigten 1,6 und von Streikenden der gleichen Betriebe 4,03 wegen Vergehens gegen § 153 verurteilt. Für 1912 sind die entsprechenden Verhältniszahlen 1,1 und 2,3 Personen.

Im Verhältnis zur Zahl der in Lohnunterschieden und Streiks stehenden Arbeiter erscheint die Zahl der Verurteilten recht gering; die Statistik beweist, wie überflüssig der § 153 an sich ist. Daß es sich bei den Verurteilungen nur oder fast nur um Arbeiter handelt, geht aus den amtlichen Zahlen nicht hervor, doch lehrt es die Erfahrung. Bekannt ist auch, daß die Unternehmer durch Verurteilung gegen mißliebige Arbeiter, Verfolgung organisierter Arbeiter mittels schwarzer Listen, Materialsperrung gegen andere Unternehmer und sonstige terroristische Maßnahmen sich mindestens ebenso häufig gegen § 153 sowie gegen den Nötigungs- und Erpresserparagrafen verschließen, ohne indessen zur Verantwortung gezogen zu werden. Der verstorbene Zentrumsabgeordnete Lieber hat einmal im Reichstag die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung und der einschlägigen auf Lohnbewegungen anwendbaren Vorschriften des Strafgesetzbuches gegen die Arbeiterorganisationen als ein „zum Himmel schreiendes Unrecht“ bezeichnet. Den Konfessionen und den Unternehmern der Schwerindustrie genüge aber die einseitige Anwendung des § 153 gegen die Arbeiterorganisationen nicht. Sie zielten auf eine völlige Rahmung des Koalitionsrechtes ab. In der Reichstagsession 1913/14 brachte Graf Westarp eine Resolution ein: „Den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern einschließen entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostensuchen verboten wird.“

Die Regierung erklärte zwar, sie wünsche keine Ausnahmegeetze; sie will das allgemeine Recht in das neue Strafgesetz hineinarbeiten. Nun soll, entsprechend einer Vereinbarung der Mehrheit im Reichstag mit der Regierung der § 153 der Gewerbeordnung beseitigt werden. Das wäre noch keine völlige Sicherung des Koalitionsrechtes, aber zweifellos ein begrüßenswerter Fortschritt. In der Session 1913/14 beantragte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages: den Reichstagskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, wodurch alle das Koalitionsrecht einschränkenden ausnahmsweisen Vorschriften in den Reichs- und Landesgesetzen aufgehoben werden und ferner für alle Personen, die ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt in den Dienst eines anderen stellen, das Koalitionsrecht gesichert wird. Insbesondere wird gefordert:

1. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.
2. Ausdehnung des § 152 Absatz 1 ebenda auf alle Angestellten und Arbeiter, denen dieses Recht nach den geltenden Gesetzen vorenthalten wird.
3. Um die Anwendung des § 153 des Strafgesetzbuches auf Lohn- und Arbeitskampfe auszuschließen, ist im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß unter der Absicht der Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils nur die Absicht zu

verstehen ist, sich oder einem Dritten einen dem Recht zuwiderlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Es ist ferner zum Ausdruck zu bringen, daß die Ankündigung der Arbeitsniederlegung keine Drohung im Sinne des Gesetzes darstellt.

4. Es ist im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß jede Äußerung und jedes Rechtsgeschäft als gegen die guten Sitten verstoßend nichtig ist, wonach der Dienstverpflichtete gezwungen wird, bestimmten Organisationen beizutreten oder aus ihnen auszuschließen.

Das wäre die völlige Sicherung des Koalitionsrechtes, dahin muß das Ziel gehen. Der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf wird voraussichtlich zu lebhaften Debatten führen. Möge es unserer Fraktion gelingen, den Arbeitern und Angestellten endlich zu einem unbeschränkten Koalitionsrecht zu verhelfen!

## Rundschau.

Die Bundesturnfahrt des Arbeiter-Turnerbundes 1918. Als im Vorjahre der Arbeiter-Turnerbund seine erste große Bundesveranstaltung in Form einer bezirksweise über das ganze Reich verteilten „Bundesturnfahrt“ unternahm, da konnte er, trotz der Unquast der Kriegsverhältnisse an einem Tag mehr als 12 000 wandernde Arbeiterturner auf die Beine bringen. Ueber 6000 jugendliche Wettkämpfer beteiligten sich an dem, mit der Turnfahrt verbundenen, einheitslichen Dreikampf. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundesturnfahrt stattfinden. Wiederum verbunden mit sportlichen Wettkämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung aber eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Feier des 25-jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbundes damit verknüpft wird. Das Jubiläum des Bundes sollte ursprünglich durch ein in Leipzig, dem Sitze des Bundes, abzuhaltendes großes Arbeiter-„Bundesturnfest“ gefeiert werden. Viele tausend Meldungen waren schon eingegangen und großzügige Vorarbeiten im Gange. Da kam der Weltkrieg und schlug alle derartigen Unternehmungen zu Boden. Die nunmehr stattfindenden Bundesturnfahrten geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei, die damit ihre Unverwundbarkeit und Existenzberechtigung erweisen hat. Daran zu erinnern eignet sich besonders die Osterzeit, wo wiederum tausende von jungen Menschenkindern die Volksschule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Wer das weiß, welche nachteiligen Folgen für die Gesundheit dieser jähe Uebergang aus der sorgelosen Kinderzeit in den Kampf ums Dasein für die in der Entwicklung stehenden Körper der Knaben und Mädchen mit sich bringt, der wird die Aufforderung des Arbeiter-Turnerbundes zum Beitritt in seine Jugendabteilungen nur begrüßen und unterstützen. Bewegung in Luft, Licht und Sonne brauchen diese jungen Menschenblüten. Im Spiel und Turnen sollen sie ein Gegenmittel gegen die Schäden des Erwerbslebens finden und im Anschluß an Gleichgesinnte vor Verimpfung bewahrt bleiben. Mädchen dessen die Arbeiterkinder und Eltern stets eingedenk sein.

Nichtaufnahme eines Hilfsdienstpflichtigen in die Krankenkassenliste gilt als wichtiger Grund zur Entziehung des Abhehrschutzes. Diese Entscheidung fällt der Schlichtungsausschuß in Bremen. In den Großbetrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen herrscht die Unsitte, Arbeiter, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, nicht in die Krankenkasse aufzunehmen. Diese mußten sich von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen, wozu sie der Zustimmung des Ortsarmenverbandes der Betriebsgemeinde bzw. Wohnungsgemeinde haben mußten. Den Arbeitern blieb zu normalen Zeiten nichts anderes übrig, wenn sie Arbeit erhalten wollten. Im Krankheitsfalle waren sie dann auf die Armenunterstützung angewiesen und wurden dadurch noch ihrer politischen Rechte teilweise beraubt. Das Hilfsdienstgesetz schreibt jedoch die Versicherungspflicht aller Hilfsdienstpflichtigen vor, trotzdem hielten es aber viele Großbetriebe, darunter vor allem der Bremer Vulkan in Begehr, nicht für notwendig, von ihren alten Gepflogenheiten abzugehen. Ein Arbeiter des Bremer Vulkan beantragte Erstellung des Abhehrschutzes, weil er trotz mehrfachen Antrages nicht in die Betriebskrankenkasse aufgenommen wurde. Der Abhehrschutze wurde erteilt und in der Begründung ausgeführt, daß Hilfsdienstpflichtige die Aufnahme in die Krankenkasse verlangen könnten und daß

ihnen im Krankheitsfalle nicht zugemutet werden könne, der Armenbehörde anheimzufallen.

Ein neues Rettungsboot. Bei Schiffsunfällen kann häufig eine Rettung sämtlicher Passagiere nicht stattfinden, obwohl die vorhandenen Rettungsboote genügen würden, um alle Reisenden aufzunehmen, weil es, besonders bei Seitenlagen des Schiffes, nicht immer möglich ist, die Rettungsboote zu Wasser zu bringen. Von diesem Mißstande nicht betroffen werden kann ein neuartiges Rettungsboot, dessen Konstruktion der „Prometheus“ schildert. Das Rettungsboot besteht aus einem Boden, der aus gelenkig miteinander verbundenen Brettern zusammengefügt ist, und einem dicken Schlauch von eiförmiger Gestalt, der unter dem Boden angebracht ist und diesen trägt. Es ist also mehr ein Floß als ein Boot. Seit Hauptvorzweck besteht darin, daß es im zusammengeroollen Zustande einen außerordentlich geringen Raum einnimmt und von sehr geringem Gewicht ist. Das Boot wird in acht verschiedenen Größen hergestellt; die kleinste bietet zwei Menschen Raum und kann zusammengerollt bequem im Rucksack getragen werden. Das größte Boot, auf dem 50 Menschen Platz haben, wiegt nur 100 Kilogramm und kann von zwei Personen von seinem Aufbewahrungsort zu demjenigen Stelle des Schiffes gebracht werden, wo es ins Wasser gelassen werden soll. Seine Montierung geschieht in der Weise, daß es aufgerollt wird, und daß dann der Schlauch entweder durch Anschluß an eine Druckluftanlage oder mittels eines Blasbalgs aufgeblasen wird. Der Schlauch ist aus so festem Stoffe, daß er schon einen tüchtigen Stoß verträgt. An der Seite des Flößes sind Handgriffe, so daß auch noch eine Anzahl im Wasser befindlicher Personen sich daran klammern können, ohne ein Kentern zu befürchten. Selbstverständlich ist das Rettungsfloß bei hohem Seegang nicht auf längere Zeit „festsetzbar“. Es soll auch nicht die Boote alter Konstruktion verdrängen, sondern es soll nur eine unter Umständen sehr wertvolle Ergänzung für diese bilden.

Erster Bundestag der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. In den Dietzen veranlaßt der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer seinen ersten Bundestag in Weimar. Zu der Tagung sind rund 100 Delegierte und eine große Anzahl von Gästen angemeldet. Die Freien Gewerkschaften werden durch das Mitglied der Generalkommission Cassenbach, die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften durch den Verbandsredakteur Lewin und die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände durch den Verbandssekretär Dr. Pfirrmann vertreten sein.

Der Bund ist aus sehr kleinen Anfängen rasch emporgewachsen. Im Juni 1917 gegründet, erreichte er im ersten Quartal nur eine Mitgliederzahl von rund 1000. Im Oktober wurden es 2000, im November fast 4000, im Dezember über 5000, und jetzt hat der Bund bereits eine Mitgliederzahl von 2000 überschritten und über 20 Ortsgruppen im ganzen Reich. Auch hat er die Genehmigung zur Herausgabe eines Bundesorgans erhalten, von dem bereits die zehnte Nummer vorliegt.

Hauptaufgabe des Weimarer Verbandstages ist die endgültige Beschlußfassung über das Statut und Programm. Die Tagesordnung steht Reserve vor über die sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Forderungen, das Verhältnis zu den Fürsorgeorganisationen und zu den Arbeiterangehörigen und Beamtenverbänden. Der Bundestagung vorangeht eine Sonderversammlung, in der die vom Bunde errichteten „Auskunfts- und Betatungsstellen“ berichtet und über ihre weitere Arbeit Beschluß fassen.

Der Verlauf der Bundestagung wird auch für das Gelingen der Verschmelzungsvorhaben entscheidend sein. Außer dem Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer nimmt auch der Bund Deutscher Kriegsbeschädigter (Hamburg) und eine größere Anzahl von lokalen Vereinen Kriegsbeschädigter an der Konferenz teil. Auf allen Seiten hat man die Absicht, zu einer einheitslichen Organisation zu gelangen. Im Hinblick darauf betont der Bundesbericht besonders, daß er, ohne auf die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Kriegsteilnehmer zu verzichten, die strengste Beobachtung der Neutralität auf parteipolitischen und religiösem Gebiet als seine Aufgabe ansieht.

Wir werden über den Verlauf des Bundestages zusammenfassend berichten.